

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Mario Lindner, Katharina Kucharowits, Ing. Reinhold Einwallner,
Genossinnen und Genossen

betreffend Nationaler Aktionsplan gegen Diskriminierung von LGBTIQ-Personen

eingebracht im Zuge der Debatte zum Bericht des Gleichbehandlungsausschusses über den Antrag 232/A(E) der Abgeordneten Henrike Brandstötter, Kolleginnen und Kollegen betreffend Aufnahme von Karenzen und Karenzdauern in den Gleichbehandlungsbericht des Bundes (799 d.B.)

Unter der alarmierenden Überschrift „Regenbogenfahne bleibt als Mahnmal hängen“¹ berichtete das Magazin „Vorarlberg Online“ erst gestern, am 20. April 2021, über den jüngsten Vandalismus gegen eine Regenbogenfahne in Österreich. An einer Bregenzer Kirche wurde die Fahne als Zeichen der Inklusion und der Solidarität mit Lesben, Schwulen, Bisexuellen, transidenten, intergeschlechtlichen und queeren Menschen gehisst. Unbekannte setzten sie in Brand und reihen diesen Vorfall damit in eine erschreckende Reihe mit anderen Vandalismus-Akten gegen Symbole der Gleichstellung und Antidiskriminierung in den letzten Wochen. Von Vorarlberg bis Wien zeigten Angriffe gegen Zeichen queerer Sichtbarkeit einmal mehr deutlich, dass der Einsatz für die Gleichstellung von LGBTIQ-Menschen in Österreich noch lange nicht vorbei ist.

Während Österreich genau in diesem Bereich in den letzten Monaten und Jahren untätig geblieben ist, präsentierte die Europäische Kommission im November 2020 unter dem Titel „Union der Gleichheit“ die erste umfassende Gleichstellungsstrategie für Lesben, Schwule, bisexuelle, Transgender-, intergeschlechtliche und queere Personen (LGBTIQ). In der offiziellen Information zur Strategie stellt die Kommission dabei klar: „Wenngleich in der EU in den letzten Jahren Fortschritte bei der Gleichstellung von LGBTIQ erzielt wurden, werden LGBTIQ-Personen nach wie vor diskriminiert (43 Prozent fühlen sich nach eigenen Aussagen diskriminiert). Die COVID-19-Krise hat die Lage noch verschärft. Die heute vorgelegte Strategie befasst sich mit den Ungleichheiten und Herausforderungen, mit denen LGBTIQ-Personen konfrontiert sind, und enthält eine Reihe gezielter Maßnahmen (einschließlich rechtlicher und finanzieller Art) für die nächsten 5 Jahre.“²

Im Zentrum der LGBTIQ-Strategie stehen vier Säulen: Die Bekämpfung von Diskriminierung (insbesondere durch die Evaluierung der Richtlinie zur Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf); die Gewährleistung von Sicherheit (durch den Kampf gegen Hassdelikte, Hetze und Gewalt, sowie eine geplante Initiative, die Liste der „EU-Straftaten“ um Hassdelikte und Hetze zu erweitern, die sich gegen LGBTIQ-Personen richten); der Schutz von Regenbogenfamilien (insbesondere bei der Überschreitung von EU-Binnengrenzen); sowie die Gleichstellung von LGBTIQ weltweit. Gleichzeitig werden die Mitgliedsstaaten aufgefordert, eigene Aktionspläne ins Leben zu rufen: „Die Mitgliedstaaten werden aufgefordert, auf bestehenden bewährten Verfahren aufzubauen und eigene Aktionspläne für die Gleichstellung von LGBTIQ zu entwickeln. Ziel ist es, LGBTIQ-Personen besser vor Diskriminierung zu schützen und die Maßnahmen im Rahmen dieser Strategie durch Maßnahmen zur Förderung der Gleichstellung von LGBTIQ in Bereichen, die in die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten fallen, zu ergänzen.“³

¹ <https://www.vol.at/regenbogenfahne-bleibt-als-mahnmal-haengen/6963323>

² https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de_ip_20_2068

³ Ebd.

Gerade die österreichische Bundesregierung, die sowohl im Kampf gegen Hate Crimes, als auch durch den fehlenden Schutz vor Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung außerhalb der Arbeitswelt (beim Zugang zu Gütern und Dienstleistungen) aufgrund des noch immer ausstehenden „Levelling Up“ des Gleichbehandlungsgesetzes, noch viel zu tun hat, muss diese EU-Strategie zum Anlass nehmen, um auch auf nationaler Ebene deutlich stärker als in den letzten Monaten und Jahren für die Gleichbehandlung von LGBTIQ-Personen einzutreten.

Außerdem gibt es gerade im Bereich des Schutzes von besonders vulnerablen Gruppen in unserer Republik noch immer massiven Handlungsbedarf. So zeigen erschreckende Medienberichte über die Situation von LGBTIQ-Schutzsuchenden in den vergangenen Jahren immer wieder, dass gerade diese Gruppe im Asylverfahren oft mit extremer Homo- und Transphobie konfrontiert ist. Medial diskutierte Fälle, wie jener, in dem ein geflüchteter Mann nach der Bedeutung der Farben der Regenbogenfahne gefragt wurde, oder die Begründung des Fehlens von pornographischem Material auf dem Handy von Asylsuchenden zeigen den dringenden Handlungsbedarf, den es in diesem Bereich noch immer gibt. Erst vor wenigen Wochen wurde ein erneuter Fall bekannt, in dem eine transidente Frau aus der Ukraine mit besonderen Schikanen konfrontiert wurde, sich nach eigenen Aussagen vor männlichem Beamten ausziehen musste und trotz ihres Geschlechtseintrages als Mann angesprochen wurde. Solche Fälle gelangen in den öffentlichen Diskurs, zahlreiche andere gehen dabei aber unter und lassen auf ein tiefergreifendes Problem im Umgang mit LGBTIQ-Geflüchteten schließen.

In all diesen Bereichen braucht es ein koordiniertes, umfassendes Vorgehen gegen Diskriminierung und für Akzeptanz! Ein Nationaler Aktionsplan, der alle Bereiche des Bundes umfasst und nachvollziehbare Ziele für die Verbesserung der Lage der LGBTIQ-Community auflistet, wäre genau dafür der richtige Weg. Dieser würde die Möglichkeit geben, endlich in allen Bereichen mit Diskriminierungen und fehlendem Schutz im politischen, sowie im Verwaltungsbereich abzuschließen und allen Menschen in Österreich ein selbstbestimmtes, sichtbares und stolzes Leben zu ermöglichen – unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung und Geschlechtsidentität.

Die untenfertigten Abgeordneten stellen daher nachstehenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung, insbesondere die Bundesministerin für Frauen, Familie, Jugend und Integration im Bundeskanzleramt, wird aufgefordert, umgehend einen Nationalen Aktionsplan gegen Diskriminierung und für die Akzeptanz von LGBTIQ-Personen vorzulegen.“

The image shows several handwritten signatures in blue and pink ink, likely from members of the Austrian Parliament, arranged in a cluster. The signatures include:

- Holger K. (Kurz)
- Natascha P. (Nüßbaum)
- Alfred H. (HEINZL-HÖGEL)
- Reinhard A. (OBERRÄUMER)
- Elmar E. (EINWALLNER)
- Felix G. (GLÜCK)
- Monika S. (SCHERNHAGEN)

